

Mit „mancherlei Fesseln“ in den „Deutungskämpfen  
der Erlebnisgeneration“. Die Deutschen Christen und die  
EKD-Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes  
in den 1950er Jahren\*

*Marvin Becker*

Am 27. Dezember 1975 schrieb der Leiter der Münchener Geschäfts- und Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Carsten Nicolaisen, in einem Brief an den pensionierten Leitenden Regierungsdirektor Heinz Sting:

„[I]mmerhin war zu erkennen, daß hier sehr interessantens [sic!] und zum großen Teil auch ganz originäres Material erhalten ist. So hätte ich z. B. gern den Bericht Bischof Adlers über den Empfang der Kirchenführer bei Hitler am 25.1.1934 in meine Dokumente zur Kirchenpolitik 1934/35 aufgenommen, aber das ist nun leider zu spät.“<sup>1</sup>

---

\* Dieser Aufsatz stellt erste Teilergebnisse des Dissertationsprojektes des Autors vor, welches von der Gerda Henkel Stiftung mit einem Promotionsstipendium gefördert wird.

1 Archiv der Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (EvAKiZ), Ordner: Korrespondenz mit Archiven H.–Mi. 1960–2003. Nicolaisen bezog sich hier einerseits auf den Bericht von *Adler*, Bruno: Der Empfang der Kirchenführer bei Hitler am 25. Januar 1934 [Minden, Februar 1954] (Kommunalarchiv Minden, Bestand Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft / Deutsche Christen [im Folgenden = KAG], Nr. 17: KAG-Gründung; Korrespondenz Bruno Adler nach 1945, 17–19). Vgl. dazu auch *Kampmann*, Jürgen: „Ein Wendepunkt in der Kirchenpolitik des Dritten Reiches“. Der Empfang der evangelischen Kirchenführer bei Hitler am 25. Januar 1934 in der Erinnerung des westfälischen DC-Bischofs Bruno Adler. In: *JWKG* 89 (1995), 196–209. Andererseits bedauerte Nicolaisen die nicht erfolgte Herausgabe dieses Berichts in *Nicolaisen*, Carsten / *Grünzinger*, Gertraud (Hg.): *Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches*. Band II: 1934/35. München 1975. Der angeschriebene Heinz Sting war in den 1970er Jahren Geschäftsführer und Leiter der mittlerweile inaktiven „Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft“, die sich 1981 offiziell auflöste (vgl. *Müller*, Andreas: „Kirchenkampf“ im „erweckten“ Kontext. Der Kir-

Nicolaisen nahm hier Bezug auf einen Quellenbestand, den er selbst durch Zufall einige Monate zuvor im Kommunalarchiv Minden lokalisiert hatte<sup>2</sup>. Dabei handelte es sich um ein Depositum der „Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft e. V.“, einer Gruppe ehemaliger Deutscher Christen, die in den 1950er und 60er Jahren Material über den sogenannten Kirchenkampf in der Zeit des Nationalsozialismus zusammengetragen hatte. Dieses Material stammte von einer größeren Zahl leitender und exponierter deutsch-christlicher Pfarrer und Kirchenbeamter und wurde von Nicolaisen zu Recht als interessant und einzigartig eingestuft<sup>3</sup>. Es kann jedoch aus heutiger Sicht überraschen, dass Nicolaisen erst so spät auf diesen Quellenbestand gestoßen ist. Denn schon zwanzig Jahre zuvor war es zwischen der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft in Minden und der „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit“ (im Folgenden auch kurz: EKD-Kommission), der Vorgängerinstitution der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, zu einem Briefwechsel gekommen, an dessen Ende man sich auf eine enge Kooperation geeinigt hatte<sup>4</sup>.

---

chenkreis Minden in der Zeit des Nationalsozialismus [BWFKG 40]. Bielefeld 2013, 24, Anm. 30).

- 2 Vgl. Schreiben Carsten Nicolaisen an Stadtarchiv Minden vom 27.1.1975 (EvAKiZ, Korrespondenz mit Archiven H.-Mi. 1960–2003).
- 3 Mittlerweile wurde der mittelgroße Bestand in einer Vielzahl von Forschungsarbeiten über die evangelische Kirchengeschichte im Nationalsozialismus verwendet, die insbesondere auch über die westfälische Provinzial- bzw. Landeskirche hinausgehen. Vgl. etwa: *Schneider*, Thomas Martin: Reichsbischof Ludwig Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit (AKiZ B 19). Göttingen 1993; *Bergen*, Doris L.: Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich. Chapel Hill / London 1996; *Buss*, Hansjörg: „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918–1950). Paderborn 2011; und *Peter*, Ulrich: Lutherrose und Hakenkreuz. Die Deutschen Christen und der Bund der nationalsozialistischen Pastoren in der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs. Kiel 2020.
- 4 Vgl. Schreiben Kurt-Dietrich Schmidt, Hamburg, an Konsistorialrat i. R. Hans Pohlmann, Minden, vom 17.8.1956 (Evangelisches Zentralarchiv Berlin [EZA], 124, Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Nr. 47, Korrespondenz Adressaten O–R). Der gesamte Briefwechsel verteilt sich auf diese Akte und die Nr. 43, Korrespondenz Adressaten K.

Evident ist, dass sich beide Institutionen ganz unterschiedlich weiterentwickelten. Für die Kommission, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ins Leben gerufen worden war und von dieser sowie aus staatlichen Mitteln finanziert wurde, begann ein bis heute andauernder Aufstieg zum größten Akteur im Forschungsgebiet der evangelischen Kirchlichen Zeitgeschichte<sup>5</sup>. Dagegen kam die Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft nie aus ihren bescheidenen Anfangsverhältnissen heraus und konnte in der Folge kaum Aufmerksamkeit erregen. Nach etwa 15 Jahren musste sie ihre Arbeit schließlich aus Mangel an Mitgliedern und Engagement wieder einstellen.

Hier soll nun den Gründen für die Kürze des Kontaktes und die unterschiedliche Entwicklung der beiden Institutionen nachgegangen werden. Besonderes Augenmerk soll dabei darauf liegen, ob die Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft unter anderem deswegen scheiterte, weil sie von anderen Akteuren des Forschungsfeldes, mit denen sie in Kontakt kam, als „deutsch-christlicher Verein“ wahrgenommen und deswegen nicht als Gesprächspartner anerkannt wurde.

Dazu soll zunächst der Entstehungskontext beider hier vorgestellten Organisationen skizziert werden: Das sind einerseits die gesellschaftlichen, geschichtswissenschaftlichen und kirchenhistorischen Nachkriegsdiskussionen um den Nationalsozialismus insgesamt und andererseits die Rolle der Kirchen während der Phase seiner „Machtergreifung“ und Herrschaft. Aus diesen Diskursen heraus entstanden nicht nur die entscheidenden Initiativen zur Gründung der EKD-Kommission 1955, sondern sie bildeten darüber hinaus auch den diskursiven Rahmen, in dem die Deutschen Christen der Arbeitsgemeinschaft ihre Narrative über die Rolle ihrer Bewegung im Nationalsozialismus entwickeln mussten. Außerdem sollen in diesem Abschnitt die Motive nachvollzogen werden, die der Kontaktaufnahme zu den ehemals führenden Vertretern der Deutschen Christen von Seiten der Kommission 1955/56 zugrunde lagen.

---

5 Dies wird etwa deutlich bei *Schneider*, Thomas Martin: Akteure der Kirchlichen Zeitgeschichte – evangelisch, In: Brechenmacher, Thomas u. a. (Hg.): Kirchliche Zeitgeschichte. Bilanz – Fragen – Perspektiven (AKIZ B 83). Göttingen 2021, 115–136, hier: 119–127, der die wichtige Rolle der Kommission bzw. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte in den Bereichen Wissenschaftskommunikation und Publikation hervorhebt.

Danach soll aus eigener Quellenarbeit ein aktualisiertes Bild der Entstehungsgeschichte und Arbeitsweise der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft gezeichnet werden<sup>6</sup>. Insbesondere wird es hier um die Einordnung ihrer Standpunkte in das Panorama der zuvor referierten ‚Kirchenkampf‘-Deutungen gehen.

Nach der Vorstellung und Einordnung der beiden Institutionen soll deren Interaktion analysiert werden. Dazu wird einerseits die überlieferte Korrespondenz zwischen dem Kommissionsvorsitzenden Kurt-Dietrich Schmidt, Hamburg, und den Vertretern der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft dahingehend untersucht, worüber genau verhandelt wurde und inwiefern beide Seiten an einer Zusammenarbeit interessiert waren. Andererseits wird als Komplementärquelle zur Korrespondenz miteinander aber auch der Schriftverkehr innerhalb von Kommission und Arbeitsgemeinschaft zu diesem Thema herangezogen, um damit Auslassungen und eventuell die Oberflächlichkeit der Kooperationszusagen herauszustellen.

Im letzten Abschnitt soll dann einerseits das schnelle Wiedereinschlafen des Kontakts zwischen Kommission und Arbeitsgemeinschaft erklärt und andererseits erörtert werden, inwiefern diese Fallstudie Auskunft über die Stellung der Deutschen Christen im Forschungsfeld der ‚Kirchenkampf‘-Historiographie geben kann. Wie zu zeigen sein wird, hingen die dortigen kirchengeschichtlichen Aktivitäten eng zusammen mit (kirchen-)politischen Auseinandersetzungen in der Adenauer-Zeit.

## I.

Zu Recht wird die historiographische Bearbeitung des sogenannten Kirchenkampfes für die Zeit der 1950er und beginnenden 60er Jahre häufig als eine Fortsetzung des Lagerkampfes innerhalb der Bekennenden Kirche während des ‚Dritten Reiches‘ gesehen. Diese „Deutungs-

---

6 Vgl. zum bisherigen Forschungsstand Hey, Bernd: Die Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft. Ein Solidarisierungsversuch ehemaliger Deutscher Christen. In: JWK 80 (1987), 229–239; ders.: Das Schicksal der Verlierer. Deutsche Christen nach 1945. In: Ders. / van Norden, Günther: Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945–1949) (SVRKG 123). Köln 1996, 211–232, hier bes.: 219f.; und Müller, „Kirchenkampf“ (wie Anm. 1), 22–24.

kämpfe der Erlebnisgeneration“<sup>7</sup> adressieren zwar ein konstitutives Merkmal der Kirchengeschichtsschreibung nach 1945, drohen jedoch auch zu kaschieren, dass in ihnen keine grundverschiedenen Geschichtsbilder von der Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus miteinander wetteiferten, sondern dass es allenfalls um Variationen eines weitgehend identischen Geschichtsbildes ging. So verursachte die „deutsche Katastrophe“<sup>8</sup> aus Kriegsniederlage, Zerstörungen, Menschenopfern und Verlust des Nationalstaates in der deutschen Bevölkerung, vor allem aber im nationalgesinnten bürgerlich-protestantischen Milieu ein großes Trauma<sup>9</sup>. Hinzu kamen nach Kriegsende die als Siegerjustiz empfundenen Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten.

- 
- 7 Zit. nach *Kuller, Christiane / Mittmann, Thomas*: ‚Kirchenkampf‘ und ‚Societas perfecta‘. Die christlichen Kirchen und ihre NS-Vergangenheit. In: *Zeitgeschichte-online*, Dezember 2014 (<https://zeitgeschichte-online.de/themen/kirchenkampf-und-societas-perfecta> [zuletzt abgerufen am 30.1.2023]). Ähnliche Beurteilungen finden sich bei *Friedrich, Norbert*: Die Erforschung des Protestantismus nach 1945. Von der Bekenntnisliteratur zur kritischen Aufarbeitung. In: Ders. / Jähnichen, Traugott (Hg.): *Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit*. Münster 2002, 9–35, hier: 12f.; *Hauschild, Wolf-Dieter*: Grundprobleme der Kirchlichen Zeitgeschichte. In: Ders. (Hg.): *Konfliktgemeinschaft Kirche. Aufsätze zur Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland (AKIZ B 40)*. Göttingen 2004, 15–72, hier: 64; *Kaiser, Jochen-Christoph*: Wissenschaftspolitik in der Kirche. Zur Entstehung der „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit“. In: *Doering-Manteuffel, Anselm / Nowak, Kurt* (Hg.): *Kirchliche Zeitgeschichte. Urteilsbildung und Methode (KoGe 8)*. Stuttgart 1996, 125–163, hier: 144f.; und *Schneider, Akteure* (wie Anm. 5), 115f.
- 8 *Meinecke, Friedrich*: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946. Nach *Conrad, Sebastian*: Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960. Göttingen 1999, 161–165, war damit zumindest in der nationalprotestantischen deutschen Geschichtswissenschaft häufig die Kriegsniederlage und alliierte „Fremdherrschaft“ in Deutschland gemeint.
- 9 Vgl. *Kublemann, Frank-Michael*: Protestantische Traumatisierungen. Zur Situationsanalyse nationaler Mentalitäten in Deutschland 1918/19 und 1945/46. In: *Gailus, Manfred / Lehmann, Hartmut* (Hg.): *Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes*. Göttingen 2005, 45–78.

In der Folge erfreute sich ab 1949 in der Bundesrepublik die Vergangenheitspolitik der Adenauer-Regierung einer großen Beliebtheit, die einerseits die meisten Entnazifizierungsmaßnahmen rückgängig machte, andererseits aber auch eine klare ideologische Trennmauer zum organisierten Post-Nationalsozialismus zog<sup>10</sup>. Diese zweiseitige Vergangenheitspolitik korrespondierte im gesellschaftlichen Umgang mit einem vom Philosophen Hermann Lübbe attestierten „kommunikativen Beschweigen“ der eigenen NS-Vergangenheit. Indem sie den Nationalsozialismus pauschal verurteilten und gleichzeitig die eigene biographische Belastung oder Opferrolle beschwiegen, konnten ehemalige Aktivisten, Mitläufer und Opfer des Nazi-Regimes miteinander in Familie, Betrieb, Nachbarschaft und politischer Öffentlichkeit zusammenleben<sup>11</sup>.

Davon blieb das Geschichtsbild vom Nationalsozialismus in dieser Zeit nicht unberührt. Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 wurde als eine Art ‚Betriebsunfall‘ der deutschen Geschichte infolge einer konkreten historischen Fehlentwicklung gesehen<sup>12</sup>. Für die Mehrheit der deutschen Historiker, die meist aus dem bürgerlich-nationalprotestantischen Milieu kamen, und einen Großteil des kirchennahen Protestantismus war diese Fehlentwicklung eine Folge des Bindungsverlusts der christlichen Kirchen in der deutschen Bevölkerung. Erst die fortgeschrittene Entkirchlichung und Säkularisierung der Gesellschaft habe diese für die Verführung durch die als dämonisch und verbrecherisch angesehene Führungselite der NSDAP empfänglich gemacht. Sie habe nämlich zum Verlust des moralischen Kompasses als auch zu einer Bindungslosigkeit und gesellschaftlichen Isolation geführt, gegen die die nationalsozialistische

---

10 Ausführlich zu dieser Art der politisch-justiziellen Abwicklung der NS-Diktatur in Westdeutschland vgl.: *Frei*, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999; *Reichel*, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die politisch-justizielle Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach 1945. München 2001.

11 Vgl. *Lübbe*, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein. In: *HZ* 236 (1983), 579–599.

12 Vgl. *Conrad*, Suche (wie Anm. 8), 165, 169–173; und *Große Kracht*, Klaus: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945. Göttingen 2005, 24–28.

Volksgemeinschaft ein Heilmittel zu sein versprach<sup>13</sup>. Als Antwort auf diese Entwicklung und damit als Schutz sowohl vor einem erneuten Abgleiten in eine radikalnationalistische Diktatur als auch einer Bolschewisierung galt den Verfechtern dieser Säkularisierungstheorie deswegen eine Stärkung des kirchlichen Einflusses in der Gesellschaft.

Prinzipielle Übereinstimmung herrschte auch bei der Beurteilung der Kirchen als Träger des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gleichschaltungspolitik. Bürgerliche Politiker, Historiker und Kirchenmänner auf evangelischer Seite wollten vor allem die Bekennende Kirche als Teil eines ‚anderen Deutschlands‘ darstellen, auf das die Bundesrepublik in positivem Sinne Bezug nehmen konnte. Dabei gerieten ihnen die vielfältigen Formen von Anpassung und Zustimmung zum NS-Regime innerhalb des Protestantismus aus dem Blick<sup>14</sup>.

Viel kritischer auf das kirchliche Agieren im Nationalsozialismus schauten innerhalb des Protestantismus vor allem die früheren radikalen Kräfte innerhalb der Bekennenden Kirche, die im Darmstädter Wort grundlegende Verfehlungen der evangelischen Kirche vor

---

13 Zu diesem Befund kamen sowohl Kirchenhistoriker wie Hartmut Ludwig in seiner Analyse der Diskussion vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und einer Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen in Stuttgart am 17.–19.10.1945 (vgl. *Ludwig*, Hartmut: Deutung und Umdeutung des Kirchenkampfes. In: Höppner, Reinhard / Perels, Joachim (Hg.): Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche. Stuttgart 2012, 39–81, hier: 39–41) als auch der Zeithistoriker Clemens Vollnhals (vgl. *Vollnhals*, Clemens: Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung. Die Erblast des Nationalprotestantismus. In: Gailus / Lehmann, Mentalitäten [wie Anm. 9], 379–431, hier: 385–387). Für die Popularität der Säkularisierungstheorie bei Allgehistorikern vgl. *Conrad*, Suche (wie Anm. 8), 165; und *Cornelissen*, Christoph: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001, 410–413.

14 Vgl. *Kuller / Mittmann*, Kirchenkampf (wie Anm. 7); *Conrad*, Suche (wie Anm. 8), 182–186; und zum protestantischen Widerstand und seiner Rezeption die Beiträge des Sammelbandes: *Hermle*, Siegfried / *Pöpping*, Dagmar (Hg.): Zwischen Verklärung und Verurteilung. Phasen der Rezeption des evangelischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nach 1945 (AKIZ B 67). Göttingen 2017; und *Hermle*, Siegfried u. a. (Bearb.): Christlicher Widerstand!? Evangelische Kirche und Nationalsozialismus (CuZ 4). Leipzig 2019, 232–251.

und nach 1933 zugegeben hatten<sup>15</sup>. Damit widersprachen sie nicht grundsätzlich der Säkularisierungstheorie, konzedierte aber ein schuldhaftes Verhalten der Kirche darin, dass diese sich durch ihre einseitige Anlehnung an nationalistische und konservative Kräfte teilweise selbstsäkularisiert und durch ihr Schweigen zur Sozialen Frage des 19. und frühen 20. Jahrhunderts die Arbeiterschaft an den atheistischen Sozialismus verloren habe<sup>16</sup>. Aus Sicht der Anhänger des ‚Darmstädter Wortes‘ konnte deswegen eine Re-Christianisierung erst nach einer Reform der Kirche erfolgen, die sich selbst zunächst auf ihr christliches Erbe besinnen und daraus Konsequenzen ziehen müsse. Als Vorbild galt ihnen dafür die auf die Abendmahlsgemeinde zentrierte und bruderrätlich geleitete Bekennende Kirche nach Dahlemer Notrecht<sup>17</sup>. Insgesamt in einer Minderheitenposition in der evangelischen Kirche, konnten die ‚Dahlemiten‘ in einigen Landeskirchen, in der EKD sowie vor allem aus den Lehrstühlen der Theologischen Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen heraus Einfluss

---

15 Zum ‚Darmstädter Wort‘ vgl. *Klappert*, Bernd: Bekennende Kirche in ökumenischer Verantwortung. Die gesellschaftliche und ökumenische Bedeutung des Darmstädter Wortes (ÖEH 4). München 1988; *Greschat*, Martin: Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945. Weichenstellungen in der Nachkriegszeit. Stuttgart 2002, 315–337; und *Vollnhals*, Clemens: Die Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung. In: Broszat, Martin u. a. (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, 113–167, hier: 147–150.

16 So bedauerten die führenden dahlemitischen Akteure im Bruderrat der EKD im ‚Darmstädter Wort‘, dass die kirchlichen Kräfte in der Vergangenheit eine „christliche Front“ [...] gegenüber notwendig gewordenen Neuerungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen“ gebildet hätten. Auch die Teilnahme für den Nationalismus, Konservatismus und Militarismus gegen die übersehenen Mahnungen des „ökonomische[n] Materialismus der marxistischen Lehre“ in Bezug auf die soziale Frage wurde zugegeben und als Irrweg gekennzeichnet (Ein Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes. Darmstadt, den 8.8.1947. In: *Klappert*, Kirche [wie Anm. 15], 12f.).

17 Zu den kirchlichen Visionen der Dahlemiten, die sich insbesondere in ihrer Kritik an der bestehenden evangelischen Volkskirche artikulierten, vgl. *Brunner*, Benedikt: Volkskirche. Zur Geschichte eines evangelischen Grundbegriffs (1918–1960) (AKIZ B 77). Göttingen 2020, 298–300, 311–313.

nehmen und schalteten sich auch in politische Fragen der Westintegration und Wiederbewaffnung immer wieder ein<sup>18</sup>.

Um sich in diesen politischen und kirchenpolitischen Diskussionen eine moralische Lufthoheit gegenüber den konservativen, kirchlichen Stimmen zu sichern, machten sich einige Propagandisten der Dahlemiten daran, ein Bild von der Geschichte des ‚Kirchenkampfes‘ möglichst weit zu verbreiten, das die bruderrätliche Bekennende Kirche als den am wenigsten belasteten, ja sogar moralisch vorbildlichen Teil der evangelischen Kirche zeichnete. Besonders erfolgreich und langfristig wirksam agierte dabei der Bielefelder Pfarrer Wilhelm Niemöller. Der jüngere Bruder des Pfarrernotbundgründers Martin Niemöller konnte dabei weder eine geschichtswissenschaftliche Vorbildung vorweisen, noch fühlte er sich dem damaligen historistischen Objektivitätsideal verpflichtet. Vielmehr verfolgte er, wie er offen zugab, das Ziel, zu

„bezeugen, daß Gott heute noch Wunder tut, und daß Er durch seine Wundermacht eine müde und satte, kampfentwöhnte und leidensscheue Kirche gezwungen hat, eine bekennende Kirche zu werden.“<sup>19</sup>

Durch die jahrelange, kontinuierliche Sammlung von Quellenmaterial, fast im Jahrestakt erscheinende Dokumentationen und Darstellungen sowie seine rege Vortragstätigkeit gelang es Wilhelm Niemöller, in den Jahren 1946 bis 1955 die führende Stimme in der Kirchenkampfforschung zu werden, was den konservativen Kräften innerhalb der evangelischen Kirche selbstverständlich nicht gefallen konnte<sup>20</sup>.

---

18 Einen Überblick über die innerprotestantischen politischen Kontroversen der Adenauer-Zeit unter Würdigung der Rolle der ehemaligen BK-Flügel darin bietet *Greschat, Martin*: Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland (1945–2005) (KGE IV/2). Leipzig 2011, 27–79. Zur Frage der Wiederbewaffnung inkl. einer Edition der wichtigsten Wortmeldungen evangelischer Kirchenfunktionäre vgl. *Vogel, Johanna*: Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik (1949–1956) (AKIZ B 4). Göttingen 1978.

19 *Niemöller, Wilhelm*: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche. Bielefeld 1948, 9.

20 Zur Rolle Niemöllers vgl. *Ericksen, Robert P.*: Wilhelm Niemöller and the Historiography of the Kirchenkampf. In: *Gailus / Lehmann*, Mentalitäten (wie

Bei der Entstehung der „Kommission zur Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit“ wirkten nun die verschiedenen, vorher dargestellten Faktoren entscheidend zusammen. Das politisch-pädagogische Interesse an einer positiven Herausstellung der Kirchen als Teil des Widerstandes im ‚Dritten Reich‘ veranlasste das CDU-geführte Bundesministerium des Innern dazu, Gelder für zwei Forschungsaufträge zu bewilligen, deren Aufgabe die Abfassung von ‚Kirchenkampf‘-Darstellungen über die beiden Großkirchen sein sollte. In Bezug auf die Auswahl der Forscher wurde den Kirchen freie Hand gelassen. Daraufhin entbrannte um die Besetzung der Stelle auf evangelischer Seite ein solcher Streit zwischen den beiden verfeindeten Lagern, dass man sich schließlich nur darauf einigen konnte, diese Forschungsarbeit durch eine mit konservativen und dahlemitischen Vertretern paritätisch besetzte Kommission beaufsichtigen zu lassen. Die Federführung übernahm dabei auf Seiten der EKD Heinz Brunotte<sup>21</sup>, im Nationalsozialismus ein weitgehend angepasster Kirchenbeamter und entschiedener Gegner der dahlemitischen Geschichtsschreibung. Auf Brunottes Betreiben hin wurde einerseits die Kommission der von ihm geleiteten Kirchenkanzlei unterstellt und andererseits der zur gemäßigten Bekennenden Kirche gehörende und mit ihm gut bekannte Hamburger Professor Kurt-Dietrich Schmidt zum Kommissionsvorsitzenden ernannt<sup>22</sup>. Mit diesen Personalentscheidungen sollten nach

---

Anm. 9), 433–451; und *Friedrich*, Norbert: Zur Entwicklung des Protestantismus nach dem Krieg – Das Beispiel Westfalen. In: Gailus, Manfred / Krogel, Wolfgang: Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen. Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930–2000. Berlin 2006, 265–280, hier: 273–279.

21 Vgl. *Gundlach*, Jens: Heinz Brunotte. Anpassung des Evangeliums an die NS-Diktatur. Hannover 2010.

22 Zu dieser Entscheidung hätte es noch fachlich sinnvollere Alternativen gegeben. So wäre gerade wegen der Sammlung und Katalogisierung von Quellen das EKD-Archivamt in Hannover in Frage gekommen. Dieses wurde jedoch zusammen mit ihrem Leiter Walther Lampe von Brunotte ausgeschlossen. Lampe stieß wohl auch deswegen später zur Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft und beriet diese in archivfachlichen Fragen (vgl. den Briefwechsel von Lampe mit der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft in: Landeskirchliches Archiv Hannover, N 107, Nachlass Walther Lampe, Nr. 85: Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft e. V. in Minden [Westf.]). Zur Ausbootung vgl. auch *Kaiser*, Wissenschaftspolitik (wie Anm. 7), 152–155.

Willen Brunottes die dahlemitischen Historiographen um Niemöller gezähmt und ihnen eine gestärkte konservative Geschichtsschreibung entgegengestellt werden.

Dazu diente auch die Neuausrichtung der Arbeitsziele der Kommission: Statt der eigentlich geforderten Forschungssynthese zum evangelischen ‚Kirchenkampf‘ ging man an die kirchenpolitisch weniger explosive Grundlagenarbeit der Erschließung und Edition von Quellen sowie des Verfassens von landeskirchlich oder auf einen Teilaspekt des ‚Kirchenkampfes‘ abhebenden Spezialstudien. Wie dem Protokoll der konstituierenden Sitzung der Kommission zu entnehmen ist, regte Schmidt als Vorsitzender dazu auch das Herantreten an „noch lebende Beteiligte“ an, um diese zu mündlichen oder schriftlichen Auskünften zu „konkreten Einzelfragen“ zu bewegen. Außerdem sollten diese Privatleute gebeten werden, eventuell noch vorhandenes Aktenmaterial der Kommission oder öffentlichen Archiven zu übergeben<sup>23</sup>. Diese Initiative sollte nicht nur Mitglieder der Beken-nenden Kirche, sondern möglichst alle noch lebenden Persönlichkeiten berücksichtigen, die am ‚Kirchenkampf‘ in exponierter Position teilgenommen hatten. Eine in gleicher Sitzung begonnene Namensliste führte nach Landeskirchen geordnet auch mehrere ehemalige Deutsche Christen auf. Quasi als Nebenprodukt dieser kirchenpolitisch mitbestimmten Weichenstellungen wurden die ansonsten bei der Berufung der Kommission vollständig ignorierten Deutschen Christen als Besitzer von Aktenmaterial zumindest zu potenziellen Zulieferern der Kommissionsarbeit. Während einige Deutsche Christen in der Folge tatsächlich in der ihnen zugedachten Rolle mitwirkten, wurde dieses Angebot von denjenigen, die sich bereits innerhalb der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft für die Sammlung von Aktenmaterial und das Verfassen von autobiographischen Schilderungen des ‚Kirchenkampfes‘ engagiert hatten, häufig unter Nennung vorgeschobener Gründe abgelehnt<sup>24</sup>. Deswegen soll diese Gruppe nun zunächst genauer vorgestellt werden.

---

23 Protokoll von der [ersten] Sitzung der „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit“, Hannover, d. 13.10.1955 (EvAKiZ, C.2.1, Protokolle Vollsitzungen 1955–1980).

24 Ein prominentes Beispiel bildete etwa der ehemalige leitende Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium für kirchliche Angelegenheiten, Hermann Muhs, der bereits 1954 Mitglied des Kreises war und der sich später als

## II.

Anfang der 1950er Jahre gab es für die Deutschen Christen gleich mehrere Motive, sich kirchengeschichtlich zu engagieren. Zunächst stellten sie für die Verfechter einer reinen Säkularisierungstheorie und des Narrativs von den Kirchen im Widerstand ein erklärungsbedürftiges historisches Phänomen dar. Schließlich handelte es sich bei ihnen um eine Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche, die eng mit den Nationalsozialisten kooperiert und zumindest 1932 bis 1934 versucht hatte, die Kirche mit dem NS-Regime gleichzuschalten. Letztlich war die Hauptstrategie der bekennniskirchlichen Historiographen deshalb, sie – darin auch anknüpfend an die Barmer Theologische Erklärung<sup>25</sup> – als ‚Irrlehrer‘ darzustellen und damit aus der ‚wahren‘ Kirche auszuschließen. Sie wurden schon im Zuge der kirchlichen Selbstreinigung der Jahre 1945 bis 1949 als „Stelle der NSDAP“ bezeichnet oder in die Nähe der völkisch-religiösen Deutschen Glaubensbewegung gerückt. Zwar traf dieses Verdikt in der Regel nur den sehr kleinen Teil der mehreren Hunderttausend DC-Pfarrer und -Laien, der sich bis zum Ende des ‚Dritten Reiches‘ den radikalsten Strömungen dieser Gruppe zugehörig fühlte, während man kurzzeitige Mitgliedschaften etwa im Jahr 1933 großzügig ignorierte und einige gemäßigte DC-Gruppen nicht zu genau in den Blick nahm<sup>26</sup>. Auch die DC-Vergangenheit wurde also

---

„Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft e. V.“ konstituierte (vgl. Adressaten des Laufzettels III zu „Gedankensplitter“ von Werdermann, versandt von Bruno Adler, Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Kirchengeschichte seit 1930 Minden, vom 16.1.1954 [KAG, Nr. 17, 7]). Gegenüber Schmidt gab Muhs aber an, er habe keine Kenntnisse über den Verbleib einschlägigen Aktenmaterials (vgl. Schreiben von Hermann Muhs, Barlissen, an Kurt-Dietrich Schmidt, Hamburg, vom 8.4.1956 [EZA, 124/46: Allgemeine Korrespondenz M]).

25 So wurden die Aktivitäten der Deutschen Christen der Jahre 1932 bis 1934 in der Barmer Erklärung am Ende der Präambel als „die Kirche verwüstende[...] und damit auch die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche sprengende[...] Irrtümer“ bezeichnet (Die Barmer „Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage in der Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 31.5.1934. In: *Schneider*, Thomas Martin: Wem gehört Barmen? Das Gründungsdokument der Bekennenden Kirche und seine Wirkungen [CuZ 1]. Leipzig 2017, 155).

26 Die meisten Maßnahmen zur kirchlichen Selbstreinigung betrafen so nur diejenigen Deutschen Christen, die bis zuletzt radikalen Untergruppen der DC-

mittelfristig kommunikativ beschwiegen. Diese Vorgehensweise sorgte allerdings dafür, dass diese radikalsten Strömungen nun als repräsentativ für die gesamte DC-Bewegung galten und ihr gleichzeitig die Hauptverantwortung für jegliches Fehlverhalten der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus zugewiesen wurde. Das angepasste und zustimmende Verhalten vieler Bekenntniskirchler beschwiegen die Chronisten des ‚Kirchenkampfes‘ hingegen meistens und stellten die mutigen Taten Einzelner in den Mittelpunkt ihrer Narrationen<sup>27</sup>.

Davon verärgert sah sich 1951 der frühpensionierte Religionspädagoge der Dortmunder Hochschule für Lehrerbildung, Hermann Werdermann, dazu veranlasst, eine Reihe von Thesen zusammenzustellen, die als Leitlinie für „eine zukünftige gerechte Darstellung der Kirchengeschichte der letzten 20 Jahre in Deutschland“ dienen sollte<sup>28</sup>.

---

Bewegung wie der Nationalkirchlichen Einung angehört hatten. Auch hier fand man nach einiger Zeit meist gütliche Einigungen wie eine Frühpensionierung oder tauschte regional bekannte DC-Pfarrer unter den Landeskirchen aus. Vgl. für das Vorgehen in den ‚intakten‘ Landeskirchen *Besier*, Gerhard: „Selbstreinigung“ unter britischer Besatzungsherrschaft. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof Marahrens 1945–1947. Göttingen 1986, 37–109; und *Vollbals*, Clemens: Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit (Studien zur Zeitgeschichte 36). München 1989, 133–193; sowie zu den Maßnahmen in den ‚zerstörten‘ Landeskirchen exemplarisch für Westfalen: *Kampmann*, Jürgen: Von der altpreußischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche (1945–1953). Die Verselbständigung und Neuordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen (BWFKG 14). Bielefeld 1998, 495–577.

27 Vgl. zu dieser Einschätzung auch *Hey*, Schicksal (wie Anm. 6), 231. Ein zeitgenössisches Beispiel für den historiographischen Umgang mit den Deutschen Christen bot etwa Wilhelm Niemöller, der sie immer wieder als von der NSDAP angestoßene und geförderte Kirchenpartei herausstellte und die Dissonanzen zwischen Regime und DC-Bewegung in den späteren Jahren sämtlich verschwiege (vgl. *Niemöller*, Kampf [wie Anm. 19]).

28 Werdermann, Hermann: Gedankensplitter als Material für eine zukünftige gerechte Darstellung der Kirchengeschichte der letzten 20 Jahre in Deutschland, Dortmund-Kirchhörde, den 1.9.1951 (KAG, Nr. 160, Kirchenkampf-Dokumente 1933–1943, 1956–1962, 90f.). Werdermann hatte diese Thesen zunächst für den leider nicht erhaltenen Austausch mit seinem deutsch-amerikanischen Bekannten Wilhelm Pauck, Professor für Kirchengeschichte in Chicago, erarbeitet. Zu Werdermann vgl. *Rickers*, Folkert: Bewahrung des Evangeliums und Bewährung im Glauben. Die weltanschauliche Orientierung des Religionspädagogen Hermann Werdermann 1933–1945. In: de Buhr,

Sie umfasste aus heutiger Sicht sinnvolle Anregungen zum besseren Verständnis des Phänomens der Deutschen Christen wie etwa die gründliche Erforschung ihrer ideengeschichtlichen und theologischen Wurzeln im 19. Jahrhundert (z. B. Chamberlain) und in der politischen Theologie der Weimarer Republik, die differenzierte Betrachtung der einzelnen Gruppierungen des deutsch-christlichen Spektrums und die Fokussierung auf Einzelaspekte des Phänomens „Deutsche Christen“ wie die Sportpalastkundgebung und sogar das „Entjudungsinstitut“ in Eisenach<sup>29</sup>. Daneben wurde in Werdermanns Thesen aber deutlich, dass er sich von seiner positiven Haltung zum Nationalsozialismus noch nicht vollständig gelöst hatte, sondern dessen Entwicklung nach 1933 eher als Folge der feindlichen Gesinnung bekennniskirchlicher Kreise sah. So zählte er mehrere Aspekte auf, die eine kirchenfreundliche Haltung des NS-Regimes verdeutlichen sollten, zog den Umfang der staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die Bekennende Kirche in Zweifel und betonte die anfänglich für beide Seiten einträgliche Zusammenarbeit zwischen deutsch-christlich geführter Kirche und Regime. Überhaupt trat in fast jeder These Werdermanns anhaltende Gegnerschaft zur Bekennenden Kirche hervor, die sich im Hauptvorwurf zusammenfassen lässt, diese habe im Nationalsozialismus zwar beteuert, kirchliche und christliche Anliegen zu vertreten. Es sei ihr aber tatsächlich um politischen Widerstand gegangen. Verständlich wird die Stoßrichtung dieses Vorwurfes nur, wenn man die weiterhin im konservativen Protestantismus wirkmächtige Zwei-Reiche-Lehre berücksichtigt, die eine möglichst klare Trennung zwischen kirchlich-geistlicher und staatlich-weltlicher Sphäre vornahm und eine Einmischung der Kirchen in die Politik außerhalb innerkirchlicher Themen ablehnte<sup>30</sup>. Als positives Anliegen

---

Hermann: Kirche im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft. Köln 1993, 331–361; ders.: Art. Werdermann, Hermann. In: BBKL 21 (2003), 1529–1547.

29 Dieses fand erst vor einigen Jahren wieder die Aufmerksamkeit der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung, nachdem seine Existenz zuvor beinahe vergessen worden war, vgl. dazu *Arnhold*, Oliver: „Entjudung“ – Kirche im Abgrund. Bd. 2: Das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ 1939–1945. Berlin 2010.

30 Vgl. hierzu *Brunner*, Benedikt: Kirche in der zerspaltenen Welt. Volkskirche und Zwei-Reiche-Lehre als theologische Orientierungspunkte in der frühen Bundesrepublik. In: *Kampmann*, Jürgen / *Otte*, Hans (Hg.): Angewandtes

der Deutschen Christen stellte Werdermann hingegen die volksmissionarische Aufgabe einer Rechristianisierung beziehungsweise sittlichen Anleitung der vielen einfachen Parteimitglieder heraus. Dies sei in der Absicht geschehen, den Nationalsozialismus zu verchristlichen und damit dem deutschen Volk einen Dienst zu erweisen. Werdermanns Thesen widersprachen damit der gängigen Säkularisierungstheorie und der Charakterisierung der Bekennenden Kirche als Widerstandsgruppe zwar nicht vollständig. Sie eröffneten aber die Perspektive darauf, dass viele gläubige Protestanten nationalsozialistische Anliegen aus ihrer christlichen Überzeugung heraus geduldet oder sogar unterstützt und euphorisch begrüßt hatten.<sup>31</sup> Auch widersprach Werdermann sowohl der konservativ-lutherischen Sichtweise, die sich ebenfalls der Zwei-Reiche-Lehre verpflichtet wusste und deswegen ihren Widerstand durch einen Angriff auf die Kirche rechtfertigte, als auch der dahlemitischen Deutung des Geschehens, es sei eindeutige Aufgabe der Kirche gewesen, eine Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu bilden. Das stellte die moralische Autorität beider Flügel infrage.

Seine Thesen verschickte Werdermann 1952 an einige enge DC-Freunde. Diese Briefkontakte verfestigten sich zu einem kleinen Arbeitskreis um Werdermann und den ehemaligen deutsch-christlichen Bischof Bruno Adler<sup>32</sup>. Während Werdermanns Thesen das Geschichtsbild des Kreises in der Folgezeit entscheidend prägten<sup>33</sup>, nahm Adler die organisatorischen Zügel in die Hand und brachte eine

---

Luthertum? Die Zwei-Reiche-Lehre als theologische Konstruktion in politischen Kontexten des 20. Jahrhunderts, 141–166; und die anderen Beiträge dieses Sammelbandes.

31 So etwa der Grundtenor der neuen Monografie *Gailus*, Manfred: Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich. Freiburg i. Br. 2021; und des Sammelbandes *Blaschke*, Olaf / *Großbölting*, Thomas (Hg.): Was glaubten die Deutschen zwischen 1933 und 1945? Religion und Politik im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 2020.

32 Zu Adler vgl. *Bauks*, Friedrich-Wilhelm: Der westfälische DC-Bischof Bruno Adler. In: *JWKG* 80 (1987), 153–159; und *Kampmann*, Landeskirche (wie Anm. 26), 533–539.

33 So wurden sie explizit als Hauptquelle für die verbindlichen Arbeitsrichtlinien des Vereins herausgestellt, vgl. Arbeitsrichtlinien der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft, endgültiger Entwurf, Minden, September 1956 (KAG, Nr. 2, Gründung der KAG, 6–8).

„Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Kirchengeschichte seit 1930“ zusammen. In deren Namen ließ er nun mehrere Laufzettel mit kurzen Thesenpapieren und Darstellungen kursieren, die von den einzelnen Mitgliedern des Kreises kommentiert werden sollten und regte außerdem das Verfassen autobiographischer „Erlebnisberichte“ über die ‚Kirchenkampf‘-Zeit an.

Mit der personellen Erweiterung des Kreises und der Intensivierung seiner Arbeit hatte sich aber auch dessen Zielsetzung verändert, obwohl dies im offiziellen Einladungsschreiben nicht erwähnt wurde<sup>34</sup>. Neben Adler waren nämlich noch weitere ehemalige Kirchenbeamte in den Kreis hineingekommen, denen es nach 1945 nicht gelungen war, ihre Karrieren fortzusetzen oder für sie annehmbare Konditionen für ihre Pensionierung zugesprochen zu bekommen. Auch vor dem Hintergrund der günstigen Regelungen, die für die unter Artikel 131 GG fallenden NS-belasteten Staatsbediensteten erzielt worden waren<sup>35</sup>, versuchte diese Gruppe durch gütliche Vergleiche, aber auch durch Gehaltsprozesse vor staatlichen Gerichten, einen Teil ihrer verlorenen Beschäftigungs- und Pensionsansprüche zurückzugewinnen. In diesem Kontext bildete die historiographische Arbeit der Adler-Gruppe nur ein „Referat“ für das Gesamtprojekt einer Fortführung des ‚Kirchenkampfes‘ unter den veränderten Bedingungen nach 1945<sup>36</sup>.

---

34 Vgl. den Entwurf des Rundschreibens Nr. 1, den Adler am 1. September 1953 an Wentz verschickte (In: Ebd., Nr. 17, 2).

35 Das entsprechende Gesetz betraf alle Angehörige des öffentlichen Dienstes vor 1945, die noch nicht wieder in den Staatsdienst zurückgekehrt oder pensioniert worden waren. Dabei handelte es sich meist um im Zuge der Entnazifizierung entlassene und stärker belastete Beamte, die nun aber wieder eingestellt werden sollten und dabei sogar von einer Quotenregelung profitierten. Dieses Gesetz fand jedoch keine Anwendung auf Kirchenbeamte, vgl. *Sprockhoff, Anna / Fischer, Torben*: 131er-Gesetzgebung. In: Ders. / Lorenz, Matthias N. (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld 2007, 94–96. Zur Rezeption dieser Regelung in der Gruppe um Adler vgl. etwa Schreiben Fritz Kessel, Osterode, an Hans Pohlmann, Preetz, vom 30.10.1953 (KAG, Nr. 12, Korrespondenz Friedrich Kessel, Osterode, 1f.).

36 Vgl. Schreiben Bruno Adler, Minden, an Heinrich Stüven, Eilenburg, vom 15.11.1953 (Ebd., Nr. 57, Bund FVK 2, 160).

Zu diesen noch „kämpfenden“ Deutschen Christen gehörte auch Adlers Königsberger Bischofskollege Friedrich „Fritz“ Kessel<sup>37</sup>, der nach Kriegsende ins niedersächsische Osterode (Harz) geflüchtet war. Nach dem überraschenden Tod Adlers im November 1954 übernahm Kessel die Leitung des Kreises und verwahrte das bisher gesammelte Material. Dabei spielte sicherlich der Hintergedanke eine Rolle, dieses in gerade laufenden Gehaltsprozessen seiner Freunde vor Berliner Gerichten zu verwerten. Außerdem war Kessel mit seiner ablehnenden Haltung gegen die kirchliche Entwicklung seit 1945 und nach mehreren gescheiterten Versuchen einer zufriedenstellenden Einigung mit der Leitung der „Evangelischen Kirche der Union“ (EKU) voller Misstrauen gegenüber kirchennahen Institutionen<sup>38</sup>. Dies überschattete auch die Kommunikation mit der EKD-Kommission, die im Folgenden analysiert werden soll.

### III.

Der Kontakt zwischen der Kommission und Kessel kam am 14. Februar 1956 durch eine Anfrage des Kommissionsvorsitzenden Kurt-Dietrich Schmidt nach Auskünften über in Kessels Privatbesitz befindliches Aktenmaterial zustande. In freundlich-einnehmendem Ton erklärte Schmidt, es gehe der Kommission darum, der unreflektierten Legendenbildung über den „Kirchenkampf“ entgegenzutreten und möglichst alles noch verfügbare Material „von *allen* aktiv beteiligten Personen oder Gruppen“ für die Nachwelt zu sichern<sup>39</sup>. Kessel hatte diese Anfrage wohl schon erwartet und sich zuvor gegenüber einem anderen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ablehnend über eine Zusammenarbeit mit der EKD-Kommission geäußert. Diese bestehe aus Personen, deren historiographische Arbeiten bisher nur dem Zweck

---

37 Kessel schrieb sich selbst mit B.

38 Zur Nachkriegssituation in dieser Rechtsnachfolgerin der Evangelischen Kirche der Alt-Preußischen Union vgl. *Kampmann*, Jürgen: Neuorientierung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges; und *ders.*: Äußere und innere Probleme der Nachkriegsjahre. In: Besier, Gerhard / Lessing, Eckhard (Hg.): Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union. Bd. 3: Trennung von Staat und Kirche, kirchlich-politische Krisen, Erneuerung kirchlicher Gemeinschaft (1918–1992). Leipzig 1999, 561–603 und 604–648.

39 Schreiben Schmidt an Kessel vom 14.2.1956 (EZA, 124/43). Hervorhebung aus dem Original übernommen.

gedient hätten, die beinahe landesverräterische Zusammenarbeit der Bekennenden Kirche vor und nach 1945 mit den Alliierten und die „Zwangsmaßnahmen“ gegen die Deutschen Christen nachträglich zu legitimieren. Was könne man da von der Kommission anderes erwarten als die Fortsetzung dieser Bemühungen. Kessel, der selbst kirchenhistoriographische Arbeit zur Legitimierung von Rechtsansprüchen nutzte, erwartete also, dass die EKD mithilfe ihrer historischen Kommission nun in Bezug auf die Verteidigung der Maßnahmen zur kirchlichen Neuordnung seit 1945 ebenso vorgehen würde<sup>40</sup>.

Zu einer sofortigen Ablehnung der Anfrage war Kessel dann aber doch nicht bereit. So bat er zunächst lediglich um etwas Zeit, um die Mitglieder seines Kreises zu befragen<sup>41</sup>.

Das offizielle Antwortschreiben der Arbeitsgemeinschaft nutzte Kessel dann, um große Bedenken an der Kommissionsarbeit anzumelden. Zum einen unterstellte er, dass schon die Namenswahl der EKD-Kommission auf eine Arbeitsausrichtung hindeute, die den Ansichten der Deutschen Christen gänzlich zuwiderlaufe. So sei der im Namen vorkommende Begriff des ‚Kirchenkampfes‘ eng verbunden mit der bekennniskirchlichen Perspektive eines Angriffs der Deutschen Christen auf die Kirche. Diese hätten aber nach eigener Anschauung weder einen solchen noch einen „Kampf in der Kirche“, sondern eine „volksmissionarische“ Aktivierung der kirchlichen Kreise angestrebt. Außerdem werde dadurch der zeitliche Rahmen auf die Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus eingeschränkt und die Einordnung in einen weiteren zeitlichen Kontext unterlassen. Es sei aber evident, dass die theologischen Konflikte schon lange vor dem Jahr 1933 begonnen hätten und darüber hinaus auch jetzt nur „äusserlich-

---

40 So führte er aus: „Dass die Herrschaften, die nur auf den Bajonetten der Besatzer, durch Handlungen während des Krieges, die, wenn sie noch kein Hoch- oder Landesverrat sind, doch scharf daran angrenzen und durch schonungslose Gewaltanwendung die Kirche ‚leiten‘, in ihrer Darstellung die Linie verfolgen werden, diese ‚Unebenheiten‘ ihrer Existenz mit einer angeblich von uns drohenden ‚tödlichen Gefahr für den Glauben‘ zu vertuschen versuchen, erscheint durchaus wahrscheinlich“ (Schreiben Kessel an Andreas Duhm, Heidelberg, vom 25.1.56 [KAG, Nr. 173, Korrespondenz Andreas Duhm, Heidelberg, 13]).

41 Vgl. Schreiben Kessel an Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit vom 18.2.1956 (EZA, 124/43).

machtmässig“, aber nicht „innerlich-theologisch“ beendet wären<sup>42</sup>. Hier finden sich also auch die Positionen angedeutet, die schon Werdermann in seinen Thesen vertreten hatte. Vor dem Ende dieses innerlichen Ringens sei es außerdem noch viel zu früh für dessen historiographische Behandlung, zumal die beabsichtigte offiziöse Gesamtdarstellung des ‚Kirchenkampfes‘ dazu geeignet wäre, die alten Gräben wieder aufzutun. Das würde eine erneute Schwächung der evangelischen Kirche in ihrer Minderheitenposition gegenüber der katholischen Kirche bedeuten<sup>43</sup>. Überdies forderte Kessel namens der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft Auskunft darüber, ob man bei einer eventuellen Übergabe von Material ein Mitspracherecht bei dessen publizistischer Verwertung und im Gegenzug Zugriff auf die Quellensammlung der EKD-Kommission erhalten werde. Zuletzt monierte er noch, dass zumindest vom Rat der EKD, der die Besetzung der Kommission vorgenommen habe, keine ehrlich-objektive Aufarbeitung des ‚Kirchenkampfes‘ verfolgt werde, da in der Kommission anstatt einer paritätischen Besetzung nach kirchlichen Lagern im Nationalsozialismus die Deutschen Christen überhaupt nicht vertreten seien. Unter diesen Umständen käme für die Arbeitsgemeinschaft eine Abgabe ihres Materials vorerst nicht infrage.

Schmidt wiederum äußerte in seinem Antwortschreiben Verständnis für die Bedenken der Arbeitsgemeinschaft, eine Gesamtdarstellung sei zu einem so frühen Zeitpunkt noch nicht möglich und führte aus, dies treffe genau das Anliegen der Kommission, zunächst vorbereitende Arbeiten dafür in Angriff zu nehmen. Zu diesen gehöre allerdings auch die Edition parteiisch-engefärbter Schilderungen von Zeitgenossen, die dann über eine Gegendarstellung der anderen Seite in der Zukunft zu einer übergreifenden Synthese verschmelzen

---

42 Schreiben Kessel an Kommission, z. H. Schmidt, vom 18.3.1956 (Ebd.).

43 Vgl. ebd. Diese Bedrohung durch die katholische Kirche führte Kessel in beinahe verschwörungstheoretischer Manier auf den Plan einer zweiten „Gegenreformation“ zurück. Das fügte sich nahtlos in seine sonstigen kirchenpolitischen Zeitdiagnosen innerhalb des Kreises der Deutschen Christen ein, die auch von einem Pakt führender „katholisierender“ BK-Kreise mit der Adenauer-Regierung und der Römischen Kurie ausgingen. Vgl. etwa Kessels Äußerungen in den Schriftwechseln mit Johannes Endler (KAG, Nr. 29) und Heinrich Stüven, Eilenburg (Ebd., Nr. 49–51) von November 1954 bis Dezember 1955.

könnten. Auch bot Schmidt gerne an, das Material der EKD-Kommission jedem Forschenden zur Verfügung zu stellen und stimmte Kessel darin zu, eine Verengung des Blickes auf die Jahre 1933 bis 1945 sei aus geschichtswissenschaftlicher Sicht nicht zulässig, wenn man dem Phänomen ‚Kirchenkampf‘ gerecht werden wollte. Zurückhaltend war er in Bezug auf Namen und Zusammensetzung der Kommission. Für die Besetzung sei er nicht zuständig gewesen. Es sei aber um fachliche Eignung und eine zahlenmäßige Begrenzung der Kommissionsmitglieder und nicht um einen kirchenpolitischen Proportionsgehalt gegangen. Ausgewiesene Expertise eines möglichen Kandidaten durch anerkannte Publikationstätigkeit zum ‚Kirchenkampf‘ sei aber notwendige Bedingung für jede personelle Erweiterung des Gremiums. Er, Schmidt, begrüße jedenfalls die Bemühungen der DC-Arbeitsgemeinschaft und wolle diese ausdrücklich zu eigenen Publikationen und zu einer Zusammenarbeit mit der Kommission ermuntern<sup>44</sup>.

Diese wohlgesetzten Worte verfehlten ihre Wirkung auf die Arbeitsgemeinschaft nicht. Dort war es am 15. Mai 1956 zu einem Wechsel an der Führungsspitze gekommen: der streitbare Kessel war auf eigenen Wunsch durch den ehemaligen Konsistorialrat Hans Pohlmann ersetzt worden. Pohlmann befand sich zwar genau wie Kessel noch mitten in Auseinandersetzungen mit der EKD-Kirchenleitung, war als Akademiker aber dem historiographischen Anliegen der Arbeitsgemeinschaft gegenüber aufgeschlossener. Dennoch hielt auch Pohlmann an den Einwendungen Kessels in Bezug auf die Unabgeschlossenheit und semantischen Konnotationen des ‚Kirchenkampfes‘ fest und wiederholte die Kritik an der einseitigen Zusammensetzung der Kommission. Dabei wies er auf „mancherlei Fesseln“ hin, die den Deutschen Christen eine publizistische Tätigkeit bisher verwehrt hätten. Damit meinte er einerseits den unter den Deutschen Christen weit verbreiteten Eindruck, sich beruflich und gesellschaftlich ein zweites Mal zu isolieren, wenn sie mit ihrer nicht zu den etablierten Narrativen passenden Perspektive auf die Kirche im Nationalsozialismus an die Öffentlichkeit traten. Wie das später noch genauer beschriebene Beispiel des Deutschen Christen Friedrich Wieneke zeigt,

---

44 Schreiben Schmidt an Kessel vom 8.6.1956 (EZA, 124/43).

waren damit aber auch die ganz praktischen Schwierigkeiten gemeint, einen Verleger für solche Texte zu finden.

Nicht von ungefähr stellte Pohlmann deswegen eine enge Kooperation in Aussicht, welche eine finanzielle und organisatorische Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft durch die EKD-Kommission bei der Veröffentlichung eigener ‚Kirchenkampf‘-Darstellungen umfassen sollte<sup>45</sup>. Schmidt wiederum war nur zu der unverbindlichen Erklärung bereit, er freue sich über die Vorlage von zur Veröffentlichung vorgesehenen Manuskripten. Er unterschreibe aber allgemein keine „Blankoscheine“, weswegen jede Unterstützung nur nach sorgfältiger Prüfung des Manuskripts erfolgen könne<sup>46</sup>. Insgesamt machte Schmidt also ganz klar die Grenzen seines Engagements für die Artikulierung der deutsch-christlichen Perspektive deutlich. Eine Mitwirkung der Deutschen Christen durch eigene Vertreter in der Kommission wäre – wenn überhaupt möglich – an die Vorbedingung einer publizistisch ausgewiesenen Expertise dieser Personen geknüpft. Für eine Förderung solcher Publikationen wollte er aber ebenfalls nicht uneingeschränkt eintreten und behielt der Kommission durch Prüfung der Manuskripte letztlich die Entscheidungsgewalt vor. Die Deutschen Christen konnten sich nun ausrechnen, wie in einem bekenntniskirchlich besetzten Gremium eine solche Prüfung ausgehen würde. Ohne die Unterstützung der Kommission aber war es den Deutschen Christen schon vorher nicht möglich gewesen, eigene Kirchenkampf-Erinnerungen zu veröffentlichen, während gleichzeitig ihre kirchenpolitischen Gegner damit von Verlags- und Kirchenseite her keinerlei Probleme hatten, sondern sogar gefördert wurden<sup>47</sup>.

Die Arbeitsgemeinschaft sah hierauf wohl ein, dass sie keine weiteren Forderungen stellen konnte, weswegen es am Ende zu einem

---

45 Schreiben Hans Pohlmann, Konsistorialrat i. R., Minden, an Schmidt vom 12.7.1956 (EZA, 124/47).

46 Schreiben Schmidt an Pohlmann vom 27.7.1956 (Ebd.).

47 Das führte zur von Kurt Meier aufgestellten Diagnose Ende der 1960er Jahre, dass auf bekenntniskirchlicher Seite bereits eine Vielzahl an Deutungen und Berichten über den ‚Kirchenkampf‘ veröffentlicht worden wären, die Deutschen Christen aber bisher nicht im Blick und auch bei den veröffentlichten Selbstzeugnissen chronisch unterrepräsentiert seien, vgl. *Meier*, Kurt: Der Kirchenkampf im Dritten Reich und seine Erforschung. In: ThR N.F. 33 (1968), 120–173, 237–275.

verwässerten Kompromiss kam. Die Abgabe der Akten an die Kommission war vom Tisch, Pohlmann bekräftigte aber, man wolle „in gegenseitigem Vertrauen“ zusammenarbeiten. Das solle sowohl durch gegenseitigen Gedankenaustausch als auch die Möglichkeit zur Einsichtnahme in das Material der jeweils anderen Stelle sowie durch eine Förderung der publizistischen Arbeit der Deutschen Christen nach Prüfung der Manuskripte geschehen<sup>48</sup>.

#### IV.

Zumindest nach heutiger Aktenlage ist zu konstatieren, dass diese Ankündigung einer Zusammenarbeit nie verwirklicht wurde. Die Hauptverantwortung dafür ist wohl auf Seiten der Kommission zu suchen, die ihren Fokus spätestens seit ihrer zweiten Sitzung im Frühjahr 1956 nicht mehr auf die Sicherung der Privatnachsätze, sondern auf die Vorbereitung von kleineren Regionalstudien und Arbeiten zu Einzelaspekten des ‚Kirchenkampfes‘ legte. Hier spielten die Deutschen Christen kaum noch eine Rolle, weil die diesbezüglichen Personalentscheidungen weitestgehend schon außerhalb der Kommission von den Leitungen der Landeskirchen oder von Universitätsdozenten gefällt worden waren<sup>49</sup>. Deren Wahl fiel meist auf Zeitzeugen oder junge Wissenschaftler, deren Gesinnung auf der Linie der jeweiligen Kirchenleitung lag, was eine Berücksichtigung von deutsch-christlichen Autoren nahezu ausschloss. Allerdings erscheint es aus heutiger Sicht dann doch rätselhaft, dass die Kommission offenbar weder einen Mitarbeiter entsandte, um Einsicht in die Akten der Arbeitsgemeinschaft zu nehmen, noch andere Forschende auf diesen Quellenbestand hinwies. So waren die Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft im Falle von Qualifikationsarbeiten wie den Dissertationen von Kurt Meier in Leipzig zur Organisationsgeschichte der Deutschen Christen 1933 bis 1939 sowie von Günther van Norden über den ‚Kirchenkampf‘ in der Evangelischen Kirche im Rheinland jeweils nur über die Weitervermittlung von als

---

48 Schreiben Pohlmann an Schmidt vom 17.8.1956 (EZA, 124/47).

49 Vgl. etwa den Zwischenstand und die Beschlüsse der Kirchenkampf-Kommission in ihrer zweiten Vollsitzung vom 24.4.1956 (EvAKiZ, C.2.1), die künftigen Publikationsprojekte betreffend. Zum Ausschluss der Deutschen Christen von der Kommissionsarbeit vgl. auch *Kaiser*, Wissenschaftspolitik (wie Anm. 7), 159–163.

Zeitzeugen befragten Deutschen Christen und nicht auf Anraten der Kommission zustande gekommen<sup>50</sup>.

Darüber hinaus ist es evident, dass von Seiten der Kommission auch allgemein kein priorisiertes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschen Christen bestand. Dies lässt sich durch die Behandlung des nicht zur Arbeitsgemeinschaft gehörenden Friedrich Wieneke ablesen. Wieneke war weniger misstrauisch als Kessel und Pohlmann gewesen und hatte der EKD-Kommission sein umfangreiches Manuskript „Kirche und Partei“<sup>51</sup> zukommen lassen. Er äußerte dabei die Hoffnung, man würde ihn als einen frühen Chronisten der Glaubensbewegung Deutsche Christen in der Kommission berücksichtigen oder ihn zumindest bei der Veröffentlichung seiner Erinnerungen unterstützen<sup>52</sup>. Dieser Vorschlag wurde aber im folgenden Schriftwechsel zwischen Brunotte und Schmidt sofort abgewiesen. Brunotte meinte in diesem Zusammenhang, man könne eher auf Wienekes Manuskript verzichten, als ihn mit seinen „komischen“ Ansichten einer Kompatibilität von „Glaubensbekenntnis der Kirche und Lebensbekenntnis der Partei“ zum Teil der Kommission zu machen. Damit verschloss er gleichzeitig die Augen vor der Tatsache, dass es für viele gläubige Protestanten tatsächlich keinen unüberwindbaren Gegensatz zwischen Partei-Doktrin und kirchlicher Lehre gegeben hatte, wie die neuesten Forschungen von Manfred Gailus eindrucksvoll vor Augen führen<sup>53</sup>. Hier wird die paradigmatische Rolle

---

50 So kam Meier nur durch Vermittlung des DC-Pfarrers Werner Petersmann, Hannover, mit der Mindener Gruppe in Kontakt, vgl. Schreiben Petersmann an Christian Kinder, Hamburg, vom 13.3.1956 (KAG, Nr. 124: Korrespondenz Dr. Christian Kinder, Hamburg-Flottbek, 1). Van Norden wurde vom Kölner Pfarrer Walter Fiebig, dem ehemaligen Leiter der Westfälischen Deutschen Christen empfohlen, vgl. Günther van Norden, Weiden b. Köln, an Wentz vom 24.8.1959 (KAG, Nr. 1, Antwortschreiben betr. Mitarbeit und Materialübergabe, 51).

51 Es handelt sich um *Wieneke*, Friedrich: Kirche und Partei. Erlebte Kirchengeschichte (1929–1945). [Masch.], Berlin o. J. Der genaue Zeitpunkt der Übergabe ließ sich nicht feststellen. Schmidt und Wieneke einigten sich aber im März 1956 grundsätzlich auf eine Übergabe, vgl. Schreiben Schmidt an Wieneke vom 27.3.1956 (EZA, 124, Nr. 50: Korrespondenz Adressaten U–Z).

52 Vgl. Schreiben Wieneke an Schmidt vom 6.3.1959 (Ebd.).

53 Vgl. Schriftwechsel zwischen Brunotte und Schmidt in der Causa Wieneke vom 30.7. bis 6.8.1956 (EZA, 124/62, Geschäftsstelle 1955–1959); Schrift-

der Säkularisierungstheorie deutlich, die den Nationalsozialismus lediglich als Phänomen in unkirchlichen Kreisen sah. Sie ermöglichte es, dass Männer wie Wilhelm Niemöller und andere BK-Angehörige ihre Perspektiven auf die Kirchengeschichte zwischen 1933 und 1945 in Buchform veröffentlichen konnten, während Wienekes Perspektive auf diese Zeit bis heute nur in wenigen Typoskripten vorliegt<sup>54</sup>. Zumindest in diesem Sinne wurden die Deutschen Christen also zu Leidtragenden der Tätigkeit der EKD-Kommission. Diese war in ihrer von Brunotte sorgsam austarierten Zusammensetzung ein Mittel der Moderation der „Deutungskämpfe“ zwischen radikalen Dahlemiten einerseits und konservativen Lutheranern sowie Angehörigen der neutralen Mittelpartei andererseits und sah für die Deutschen Christen von vorneherein nur die Rolle von Quellenzulieferern vor.

Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft, in Eigenregie die Grundlagen für eine quellengesättigte deutsch-christliche Perspektive auf die Kirchengeschichte im Nationalsozialismus zu schaffen, gut nachvollziehbar. In der Umsetzung dieser Aufgabe war ihr allerdings nur wenig Erfolg beschieden. Zwar belebte sich die Vereinsarbeit nach dem Schriftwechsel mit Kurt-Dietrich Schmidt zunächst für einige Jahre. So sah man sich durch die konkurrierende Sammlung der Kommission nun in der Pflicht, zur Sicherung des gesammelten Materials zuerst einen eingetragenen Verein zu gründen und dann einen Depositatvertrag mit

---

wechsel Wieneke – Brunotte vom 16. bis 23.7.1956 (EZA, 633/9, Nachlass Friedrich Wieneke, Beruflicher Werdegang 1948–1957). Zur Vereinbarkeit von christlichem Glauben und NS-Ideologie im Empfinden vieler Protestanten im Nationalsozialismus vgl. *Gailus*, Manfred: Nationalsozialistische Christen und christliche Nationalsozialisten. Anmerkungen zur Vielfalt synkretistischer Gläubigkeiten. In: *Gailus / Lehmann, Mentalitäten (wie Anm. 9)*, 223–261.

54 Nach Kenntnis des Verfassers verfügt das Evangelische Zentralarchiv über mehrere Entwürfe des Textes als Manuskript und Typoskript (Vgl. EZA, 633/17–25). Außerdem gibt es ein Typoskript in der Handbibliothek der Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und eine frühe Version des Manuskripts im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte unter dem Titel „Evangelische Kirche und Staat“ (Archiv des IfZ München, MA 15, Nachlass Friedrich Wieneke, Nr. 1).

dem damaligen Stadtarchiv Minden auszuhandeln<sup>55</sup>. Eigene Publikationsprojekte scheiterten aber am Zögern der Vereinsführung, das dem Gefühl entsprang, dass man weiterhin von allen Seiten misstrauisch beäugt und als DC-Verein wahrgenommen würde<sup>56</sup>. Nach Bekanntwerden der Ablehnung Wienekes war man insgeheim auch vom Wohlwollen der EKD-Kommission gegenüber der eigenen Arbeit nicht mehr überzeugt<sup>57</sup>. Deswegen wurde zwar nach außen hin immer wieder mit dem Kontakt zu Schmidt geworben, als jedoch Publikationsprojekte diskutiert wurden, nahm man von Hilfesuchen an die Kommission in dieser Angelegenheit schnell wieder Abstand. Die „Fesseln“, die sie in Bezug auf ihre historiographische Tätigkeit spürten, waren für die Deutschen Christen der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft am Ende zu drückend. Sie scheuten den Einstieg in die „Deutungskämpfe der Erlebnisgeneration“ aus Angst, sich durch eigene schriftliche Fixierungen kirchlich vollständig zu isolieren und strebten nur noch die Quellensicherung für eine objektivere Beurteilung des ‚Kirchenkampfes‘ in einer späteren Forschergeneration an<sup>58</sup>.

Diese teilweise von außen erzwungene, teilweise aber auch resignierend hingenommene Zurückhaltung in Bezug auf die historiographische Darstellung des ‚Kirchenkampfes‘ ist im Hinblick auf die Forschungsentwicklung zu bedauern. Schmidt hatte im Gespräch mit Kessel und Pohlmann ganz richtig vermutet, dass nur bei einer ausgewogenen Berücksichtigung möglichst aller Perspektiven auf die Kirchengeschichte des ‚Dritten Reiches‘ ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein für diese Epoche entstehen konnte. Er war sich seiner Doppelrolle als Zeitzeuge und Historiker und der sich aus der zweiten Rolle ergebenden Aufgabe der Herstellung von Multiperspektivität also

---

55 Vgl. Arbeitsrichtlinien der Kirchengeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft, endgültiger Entwurf, Minden, September 1956 (KAG, 2, 6–8).

56 Vgl. eine dahingehende Bemerkung eines Sympathisanten gegenüber dem späteren Vereinsvorsitzenden Wentz in: Schreiben Hans Pribnow, Hanau, an Wentz vom 19.11.1959 (KAG, Nr. 1, 53).

57 Vgl. Schreiben Karl Themel, Berlin, an Wentz vom 19.6.1958 (KAG, Nr. 172, Korrespondenz Karl Themel und Friedrich Wieneke, Berlin, 2–4).

58 Exemplarisch steht dafür der Beschluss der Mitgliederversammlung des Vereins vom 12.7.1960, der die Publikationspläne auf unbestimmte Zeit ad acta legte, vgl. Schreiben Wentz an Werner May, Hamburg, vom 13.9.1960 (KAG, Nr. 125, Korrespondenz mit Walther Schultz und Werner May, 38).

bewusst. Die Förderung dieser Multiperspektivität hat er gleichwohl in der Folge vernachlässigt.

Bedenkt man die enge Verzahnung von ‚Kirchenkampf‘-Deutung und Einflussnahme auf die kirchenpolitischen und gesellschaftlichen Debatten in der Nachkriegszeit, so liegt in diesem Ausschluss der Deutschen Christen davon, den diese als ‚Fesselung‘ bewusst wahrgenommen haben, wohl auch ein wichtiger Grund für ihre öffentliche Abstinenz zumindest in der Adenauer-Zeit, während Wilhelm Niemöller, einer der vielen stark NS-belasteten Angehörigen der Bekennenden Kirche, zum Nestor der ‚Kirchenkampf‘-Historiographie und Hagiographen seines Bruders aufsteigen konnte.